

## Die Aktion Nikola

Eugenie Trützschler

Um möglichst genaue Angaben über das nichtsozialistische Ausland zu gewinnen, hat die Staatssicherheit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik versucht ihre im Ausland lebenden Staatsangehörigen zur Zusammenarbeit zu gewinnen. In meinem Fall hat sie den Versuch nach meiner damals zehnjährigen Tochter Nikola „Aktion Nikola“ benannt.

### *Politische Situation im West-Ost Kontext Ende der siebziger Jahre bis Anfang der achtziger Jahre*

Zwei Themen bestimmten damals das politische Klima und Handeln im Westen und Osten Europas: die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Bei der zum ersten Mal in Helsinki tagenden KSZE ging es um die Lockerung der bestehenden Spannungen zwischen Ost- und Westeuropa.

Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 sah die Aufrüstung des Westens vor. Geplant war die Stationierung von 572 mobilen US-amerikanischen Mittelstreckenraketen (Pershing II und bodengestützte Cruise Missiles von Typ BGM – 109 Tomahawk Gryphon Ground Launched Cruise Missiles), um damit das nukleare Gleichgewicht „des Schreckens“ durch „Nachrüstung“ wiederherzustellen. Beide Themen wurden heiß und sehr kontrovers in der europäischen Bevölkerung diskutiert. Die Bürger veranlassten die politischen Führungen in den einzelnen Staaten zum Handeln.

Im Oktober 1979 bat der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko die sozial-liberale Bundesregierung, dem Doppelbeschluss nicht zuzustimmen, sie tat es dennoch und zwar im November 1983. Es war dieselbe Koalition, die 1980 vor allem deswegen gewählt worden war, weil sie sich zu diesem Zeitpunkt gegen den Doppelbeschluss ausgesprochen hatte.

Was das zweite große Thema, die Einstellung der SPD/FDP Regierung zu den KSZE-Beschlüssen betraf, wurde von der Koalition die Politik der allmählichen Auflockerung der beiden Machtblöcke auf der Grundlage der KSZE-Beschlüsse vertreten, hier vor allem des vierten Korbs der Schlussakte, die 1975<sup>1</sup> in Helsinki unterzeichnet wurde, und humanitäre Fragen beinhaltete.

Zu den wenigen positiven Reaktionen auf die KSZE-Konferenz seitens der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zählt die Veröffentlichung der Bekanntmachung Nr. 120/1976 Sb. des Außenministeriums über den Internationalen Pakt über die Bürger- und politischen Rechte und den internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Damit diese Bekanntmachung mit Leben erfüllt werde, veröffentlichten am 1. Januar 1977 247 Chartisten einen Aufruf. Zu den Unterzeichnern gehörten Václav Havel und die Historiker Prof. Jiří Patočka und Prof. Jiří Hájek.<sup>2</sup> Die Kommunistische Partei reagierte auf die Forderungen

---

1 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, Helsinki 1. August 1975, online: [www.osce.org](http://www.osce.org).

2 Viz: [www.darius.cz](http://www.darius.cz);

“Prečan, Vilém“: V kradeném čase: výběr ze studii, článků a úvah z let 1973-1993, (In der gestohlenen Zeit, eine Auswahl von Untersuchungen, Artikeln und Aufsätzen aus den Jahren 1973-1993); Brno 1994;

durch Verhaftung, Gefängnisstrafen oder die Ausbürgerung der führenden Persönlichkeiten der Chartisten. Sie ging davon aus, dass ohne deren Engagement die Bewegung bald auseinanderbrechen würde, was jedoch nicht geschah.<sup>3</sup> In den sozialistischen Staaten reagierten Teile der Bevölkerung auf die KSZE mit verstärkten Forderungen nach mehr Bürgerrechten an die kommunistischen Parteien.

Eine der wenigen „positiven“ Maßnahmen, mit denen die kommunistische Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auf die KSZE reagierte, war die Richtlinie über die Regelung der Rechtsbeziehungen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu der Emigration vom 16. März 1977.<sup>4</sup> Diese Richtlinie betraf rund 100 000 Tschechen und Slowaken, die sich ohne die Genehmigung der Staatsorgane im westeuropäischen Ausland aufhielten sowie ihre Angehörigen in der Tschechoslowakei. Ziel dieser Richtlinie waren einerseits restriktive Maßnahmen gegen „reaktionäre Emigranten“<sup>5</sup>, andererseits sollte aber gegenüber den „friedlichen“<sup>6</sup> Emigranten Entgegenkommen gezeigt werden.

Um Erkenntnisse über die Emigranten, aber auch über die politische und gesellschaftliche Situation, in der sie lebten, zu sammeln musste der Tschechoslowakische Staat Emigranten als Informanten gewinnen. Vor diesem Hintergrund entstand 1980 die Aktion Nikola.

### *1. Phase der Aktion Nikola – Informationssammlung, Aufbau und Auswertung des in den Akten vorhandenen Materials*

Die Akteure der Aktion Nikola fungieren in der Akte Nummer 10 876/443 unter unterschiedlichen Namen. Ihre nähere bzw. genaue Identifizierung konnte aus dem Kontext bis jetzt nur zum Teil erfolgen und zwar anhand der Akten Nummern 47551/011 und A 34 028. Die Akten wurden in der wohl für die Staatssicherheit typischen Amts- bzw. Agentensprache geführt. Das bedeutet, dass zum Teil Ausdrücke verwendet wurden, die im umgangssprachlichen Gebrauch weder im Tschechischen noch im Deutschen verwendet werden. Diese Ausdrücke wurden bewusst übernommen, denn auch die Sprache ist ein Ausdruck des Systems. Beispielhaft sollen hier drei Ausdrücke genannt werden: Podchod = Unterführung; die Person, die angeworben werden soll, um der Staatssicherheit den Kontakt zu anderen Personen zu ermöglichen; Nabagrovat = anbaggern; Náčelník = Häuptling.

3 Bis zum Jahr 1990 wurde die Charta 77 von 1 800 Bürgern unterzeichnet. Trützschler v. Falkenstein, Eugenie: Ausgediente Helden. Die politische Integration und Partizipation ehemaliger Dissidenten und Bürgerrechtler im deutsch-tschechischen Vergleich in: Hg. Weigl Michael: Folgenlose Nachbarschaft, Spuren der DDR – Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen; Hamburg 2006.

4 Usnesení vlády ČSSR č. 58 ze dne 16. března 1977 a Směrnice o úpravě vztahů Československé socialistické republiky k občanům, kteří se zdržují v cizině bez povolení československých úřadů. (Die Entscheidung der Regierung der ČSSR Nr. 58 vom 16. März 1977 und die Richtlinie über die Regelung der Beziehungen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu denjenigen Bürgern, die sich im Ausland ohne Genehmigung der tschechoslowakischen Organe aufhalten.)

5 ebendort, Artikel Nr. 9: „...Die Staatsangehörigkeit wird aberkannt demjenigen Staatsbürger, der sich ohne die Genehmigung der tschechoslowakischen Organe im Ausland aufhält und dort jegliche gegen den Staat feindliche oder solche Aktivitäten entwickelt, die die Interessen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik beeinträchtigen. Es geht um Personen, die mit feindlichen Äußerungen vor allem in der ausländischen Presse, Rundfunk oder Fernsehen oder auf Versammlungen von Organisationen im Ausland auftreten oder sich an feindlichen Aktionen beteiligen oder in anderer Weise öffentlich die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und ihre Bündnisse kritisieren, die Glaubwürdigkeit der Repräsentanten der Tschechoslowakei und der tschechoslowakischen Staatsinstitutionen in Frage stellen.“

6 ebendort, Artikel Nr. 3c: „...unterschreibt eine Erklärung in der er sich verpflichtet, dass er sich benehmen und auftreten wird wie es sich für ein Bürger der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gehört.“

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass zu der Aktion Nikola nur diejenigen Dokumente ausgewertet werden konnten, die sich in der Akte Nummer 10 876/443 sowie in den Akten Nummer 47551/011 und A 34 028 befanden. Auffallend sind hierbei die großen Lücken, so sind in der Akte Nummer 10 876/443 zu dem Zeitraum zwischen dem 15. Mai 1981 und dem 3. Mai 1982, zwischen dem 8. August 1982 und dem 30. September 1983 keine Berichte vorhanden. Dies ist umso interessanter, als aus der Akte Nummer A 34 028 klar hervorgeht, dass im Jahr 1982 21 und im Jahr 1983 insgesamt 22 Treffen zwischen dem zuständigen Mitarbeiter der 80. Sektion der I. Verwaltung der Staatssicherheit und dem Agenten stattfanden.

### *1.2.: Zielstellung der Aktion Nikola*

Bemerkenswert ist, dass die tschechoslowakische Staatssicherheit quasi per Zufall auf die Person aufmerksam wurde, die die Zentralfigur in dieser Aktion spielen und als Informantin für die Staatssicherheit gewonnen werden sollte. In der Akte wird sie unterschiedlich als Tochter, Pipka, Nikola und „Unterführung“ bezeichnet. Im ersten Bericht, welchen die Staatssicherheit anhand der Aussagen der „Quelle“, das heißt des Agenten, am 18. Dezember 1980 anfertigte, heißt es: „Die Bekanntschaft wurde im Grunde vom Vater in der örtlichen Gaststätte initiiert, wohin die ‚Quelle‘ regelmäßig auf ‚zwei Biere‘ hingeht.“

Nach mehr als zweijähriger Überprüfung der Akteure stellte am 3. Mai 1982 die Staatssicherheit fest, dass sie offensichtlich einen „guten Fang“ gemacht hatte. Die Ausspionierung der tschechischen Emigranten trat in den Hintergrund. Das primäre Interesse galt jetzt dem ersten und dem zweiten Ehemann der Zielperson sowie ihrer Tätigkeit selbst, nämlich:

- „a) Ulrich – Abgeordneter des Europäischen Parlaments für die FDP (erster Mann der zu Gewinnenden)
- b) Werner – Mitarbeiter des Bayerischen Kultusministeriums
- c) Pipka – Tätigkeit im Collegium Carolinum, Anwesenheit beim Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und weiter als Verbindung Tunnel zum Ulrich und auch als Lehrerin, Universität München.<sup>7</sup>“

Aufgrund der interessanten Objekte wurde die Aktion in drei Phasen aufgeteilt: In der ersten Phase sollten „durch dessen (der Quelle) Vermittlung die Erkenntnisse über die Situation in Pipkas Familie und den gegenseitigen Beziehungen gesichert werden. Das Ziel ist die Sicherung der maximalen Erkenntnisse durch die zweite Phase der Aktion Nikola, das heißt Kontaktierung von Pipka bei ihrer Ankunft in die ČSSR. Quelle genießt volles Vertrauen von Pipkas Vater, welcher ihm alle Angelegenheiten, die seine Familie betreffen, anvertraut. Er genießt auch das Vertrauen von Pipka, die er persönlich kennt.

In der zweiten Phase der Aufarbeitung der Aktion Nikola wird es um die Gewinnung von Pipka zur Mitarbeit gehen und ihren Einsatz nicht nur in den oben genannten Objekten, aber vor allem als Quelle über Informationen über Ulrich, mit welchem Pipka regelmäßigen persönlichen Kontakt pflegt.

Die dritte Phase ist die Realisierung von Kontakten zu Ulrich.<sup>8</sup>“

---

7 Archiv bezpečnostních složek; Hlavní zpráva rozvědky, reg.č. 10 876/443. (Archiv der Sicherheitsorgane, Hauptverwaltung der Spionage; Registrierungsnummer: 10 876/443)

8 Ebd.

### 1.3.: Information über Akteure der Akte

Bei der Überprüfung der Personen ging die Staatsicherheit immer nach ein und demselben Muster vor. Sie interessierte sich für den Charakter der Person, die familiäre Situation, die Hobbys, die Freunde. Was die politische Einstellung betraf, wurde jeder mit Blick auf sein Verhalten während der Ungarnkrise 1956 und während des Prager Frühlings 1968 überprüft.

#### 1.3.1.: Die Quelle (Pramen)

Der Hauptagent „Pardubický“ wurde bereits 1974 als Mitarbeiter und zwar der militärischen Kontraspionage für die Aktion „Hospital“ gewonnen. Der Mann hatte 1972 aus eigener Initiative die Person „Arbit“ bei der Beschaffung von Mitteln für den Kauf eines Wagens in TUZEX<sup>9</sup> um Hilfe gebeten und 11 000 Tuzexkronen erhalten.<sup>10</sup> Im Protokoll über die Gewinnung des Agenten vom 24. November 1974 heißt es dazu:

„Weiter hat der zu Gewinnende geäußert, wie er die Seriosität unseres Handelns schätzt, weil er bis jetzt keinen Eindruck gewonnen hat, dass wir Fehler seines Handelns /Beschaffung von Valuten-Mittel ... zum Kauf eines Fahrzeuges- siehe Notiz über das nachrichtliche Gespräch/ ihm gegenüber ausgenützt hätten.“<sup>11</sup>

Dieser Mann, nach den Aufzeichnungen sensibel und ehrlich, arbeitete in den kommenden Jahren sehr fleißig. Aus der Aktion „Hospital“ wurde die Aktion „Jordan“. Die Person „Arbit“, angeblich israelischer Abstammung, sich aber für einen Araber ausgehend, wurde zwar weiterhin von der „Quelle“ beobachtet, diese übernahm aber weitere Aufgaben: „Seit dem letzten Eintrag wurden insgesamt 19 Treffen durchgeführt, während der er Erkenntnisse zu Personen übermittelte, an denen die militärische Kontraspionage interessiert war, so zu den Kontakten eines österreichischen Rabbiners zum föderalen Außenministerium, zur Ausreise von Mitarbeitern des Militärkrankenhauses in die Bundesrepublik, zur Behandlung von VIP Personen im Militärkrankenhaus, zur Stationierung von tschechoslowakischen Einheiten in Libyen, zum Verrat der Dienstreise des Generals Kunz in den Irak, zur Beziehung der Hausbewohner in die Bundesrepublik“.<sup>12</sup>

Aus der Beurteilung für das Jahr 1982 ist ersichtlich, zu welchem Preis, materiellen und immateriellen, die Quelle Pardubický die Informationen lieferte. „Die Ausgaben für die Mitarbeit des Agenten betragen ca. 640 Kronen, weiter wurden dem Agenten Auslagen in Höhe von 1 500 Kronen während einer Auslandsreise erstattet. Für das Erfüllen der Aufgaben wurde er mit 500 Kronen belohnt. Durch die 80. Abteilung der Staatssicherheit wurden ihm für einen kurzzeitigen Einsatz<sup>13</sup> 350 DM zur Verfügung gestellt, die er ausgegeben hatte... Im Juni 1982 wurde dem Agenten Hilfe bei der Aufnahme seiner Tochter an die Philosophische Fakultät der Karlsuniversität, Fachbereich Soziologie, gewährt, was der Agent sehr begrüßt hatte.“<sup>14</sup>

9 Eine Geschäftskette, in der man ausschließlich westliche Ware mit so genannten Tuzexkronen, die man nur im Umtausch für westliche Devisen erhielt, kaufen könnte.

10 ABS, Hlavní zpráva VKR, Agenturní svazky (VKR-TS) Vyhodnocení rozpracování akce „Hospital“ č. 615 z 9.července 1974 ve spisu č. A 34 028. (Archiv der Sicherheitsorgane, Hauptabteilung der Militärischen Kontraspionage, Agenten- Akten (VKR-TS) Auswertung der Ausarbeitung der Aktion Hospital, Nr. 615 vom 9.Juli 1974, in der Akte Nr. A 34 028.)

11 ebendort.

12 ebendort.

13 Reisen nach Bayern, um Angaben über die Frau zu überprüfen.

14 ebendort.

### *1.3.2.: Der Vater als der Hauptinformant der Quelle*

Über den Vater teilte die „Quelle“ dem Mitarbeiter der Staatsicherheit Genossen „Kurd-náč“ am 18. Dezember 1980 folgendes mit: „Seinerzeit arbeitete er im Außenministerium, wo er wohl nach 1948 entlassen wurde. Noch heute hat er angeblich gute Kontakte zu diesem Ministerium. Nach der Entlassung aus dem Außenministerium hat er sich einige Zeit durchgeschlagen, sogar als Hilfsarbeiter. Seinerzeit hat er einen amerikanischen Diplomaten kennengelernt, der in Polen gearbeitet hatte und war mit ihm im Kontakt. Deswegen hatte er einige Probleme. Als ein ‚Mann von früher‘ hat er eine Anzahl nützlicher Kontakte, welche er geschickt zu seinem eigenen Vorteil nutzt. So behauptet er zum Beispiel, dass er die Ausreisegenehmigungen zu seiner Tochter in die Bundesrepublik (Nikola) durch die Vermittlung eines Mitarbeiters des Innenministeriums erhält.“<sup>15</sup>

Nicht einmal einen Monat später, am 13. Januar 1981, wurden diese Erkenntnisse überprüft, und anhand der Akte des Vaters Nr. 10 664, Archivnummer 67 446 wurde ein fünfseitiger Bericht angefertigt. Hier sind auch Notizen aus der operativen Überprüfung vom 3. November 1966 zu finden: „F. absolvierte in den Jahren 1931–1936 die juristische Fakultät der Karlsuniversität. Er spricht deutsch, französisch, italienisch und englisch. Zwischen 1946–1948 war im Außenministerium tätig, danach in den Hüttenwerken in Prag. Er ist der Sohn eines Arztes, seine Erziehung erfolgte im bürgerlichen Geiste. Seit 1948 war er Kandidat der Kommunistischen Partei, wurde jedoch seiner Passivität wegen nicht Mitglied.“<sup>16</sup>

Weiter ist in dem Schriftstück ein Hinweis auf die Akte 305-89/4/57-80 vom 18. Juli 1948 zu finden, aus der das alphabetische Verzeichnis aller Kontakte des Vaters bis zum Jahr 1963 übernommen wurde. Bei den insgesamt siebzehn Personen ist nicht nur das Geburtsdatum, sondern auch der Beruf vermerkt. Zu lesen ist dort auch, um welche Art von Kontakten es sich handelte. Die Staatsicherheit ging davon aus, dass „eine reale Möglichkeit der Fortdauer der Kontakte bis in die Gegenwart existiert.“<sup>17</sup> Im Fall von Hodža wäre dies für die geplante Aktion Nikola kaum möglich gewesen, er lebte in Kanada. Deswegen kehrt Genosse Kudrnáč im Verlauf seines Berichtes zu Kontakten zwischen den beiden Männern zurück: „Im Jahr 1936 hat er sich im Laufe seines Studiums mit dem Sohn des damaligen Ministerpräsidenten Hodža angefreundet, zu dem er sehr freundschaftliche Beziehungen pflegte. Diese endeten, nachdem Hodža Junior die Republik verlassen hatte.“<sup>18</sup>

In der Aufzeichnung vom 13. Januar 1981 fehlt die Bemerkung über sein Verhalten während der ungarischen Ereignisse nicht: „F. traf sich mit einem gewissen Kopecký, beide tauschten Informationen aus, die sie in den ausländischen Medien gehört hatten“.<sup>19</sup>

Obwohl bereits am 23. Januar 1981 diese fünfseitige Aufzeichnung um einen weiteren zweiseitigen Bericht ergänzt wurde, fehlt auch hier eine Beurteilung des Vaters aus der Krisenzeit 1968/69. Dieser Bericht, der auf der Grundlage der Berichte der Staatssicherheit vom 7. Januar 1974, der Akten Nr. AS-2773, 21 528 a Z-X-7532-28/8-46, zusammengestellt wurde, informiert vor allem über Personen, die an der Beobachtung von F. und Auswertung derselben beteiligt waren. Bereits im ersten Absatz werden die Namen

---

15 Archiv bezpečnostních složek; Hlavní zpráva rozvědky, reg. č. 10 876/443.

16 ebendort.

17 ebendort.

18 ebendort.

19 ebendort.

von zehn Mitarbeitern der Staatssicherheit genannt. Hier vor allem aus der IV. Verwaltung der Staatssicherheit aber auch aus der Kreisverwaltung des Innenministeriums in Prag, diese werden ergänzt um den Namen des Genossen Rytčánek von der Kreisverwaltung der Staatssicherheit aus der Akte Nr. 21 528, der über den Vater in dieser Akte berichtet hatte. Die Originalakten dieses Mannes, die über ihn zwischen 1948 und März 1990 geführt wurden, gibt es leider nicht mehr.

### *1.3.3.: Die zu Gewinnende*

Im ersten Bericht von Dezember 1980 wurde anhand der Angaben der „Quelle“ von Genossen Kurdnáč folgende Beschreibung zu Papier gebracht: „behielt die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit, hat also Doppelstaatsangehörigkeit (?). Dies hat damit zu tun, dass sie sich den Weg zurück offenhalten will. Sie sagt, dass sie sich an die ‚lauten Deutschen‘ nicht gewöhnen“ kann. Sie ist keine Bewunderin des Glanzes des westlichen Lebens, auch wenn sie sich bemüht, sich die guten Lebensbedingungen zu erhalten, welche sie in der Bundesrepublik hat. Aus ihren Äußerungen ist ersichtlich, dass sie damit rechnet, dass sich die Situation verschlechtern kann. Politik interessiert sie nicht besonders. Bei ihren Besuchen in Prag – drei oder vier Mal im Jahr, meist eine Woche – nützt sie zum Besorgen von antiquarischen Büchern, die sie, wie sie sagt, in der BRD zu Geld machen kann.“<sup>20</sup>

Diese sehr knappe Charakteristik enthielt alles das, womit die Frau für die Staatssicherheit von Interesse sein konnte. Es handelte sich um eine Frau, die von der Staatssicherheit während einer Grenzkontrolle bei der illegalen Ausfuhr von Büchern erwischt worden war, wodurch sie erpressbar wurde und zur Zusammenarbeit gezwungen werden konnte. Weil Kompromittierung die vielleicht sicherste Methode zur Gewinnung von Mitarbeitern war, entwickelte die Staatssicherheit diese Methode im Verlauf der Akte weiter. Das föderale Innenministerium schrieb zum Bericht vom 9. Juli 1982 an die Bezirksabteilung 8 der Staatssicherheit zu Händen des Behördenleiters: „Die reale Möglichkeit der Befassung mit Uli kann erst nach der Gewinnung von PIPKA in Betracht gezogen werden, wobei bei der Vorbereitung auch folgende Gesichtspunkte eine Rolle spielen sollten: da das das Interesse an antiquarischen Büchern und wahrscheinlich weiteren Antiquitäten/besteht, soll die Einbindung von Agentur aus diesem Bereich erfolgen und daraus die Bildung einer agentur-operativen Kombination in Betracht gezogen werden<sup>21</sup>. Ob es zu dieser Einbindung kam, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden.

Unverständlich war bereits seit dem ersten Bericht für die Staatssicherheit, aber auch für die Genossen aus dem Innenministerium, dass die Frau auf die Staatsangehörigkeit nicht verzichten wollte. Die Suche nach den Gründen wird zum zentralen Ziel der Nachforschung über sie: „Die Beziehung der Frau zur ČSSR (Überprüfung der Motivation dieser Beziehung, handelt es sich ausschließlich um die Ausnutzung bestimmter Vorteile?) , der Grund des angeblichen Desinteresses an der Entlassung aus der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit.“<sup>22</sup>

Es muss davon ausgegangen werden, dass moralische Grundsätze, in deren Geiste die Mitglieder der Familie Fügner erzogen wurden, wozu auch gehörte, ihre Staatsangehörigkeit nicht aufzugeben, sogar dem Leiter der Abteilung 37 der Staatssicherheit Major Dr. Kainer trotz des Dokortitels in Philosophie fremd waren. Auf die Staatsangehörigkeit hat die Frau erst in dem Augenblick verzichtet, als sie den Eindruck gewonnen hatte,

---

20 ebendort.

21 ebendort.

22 ebendort.

dass dies ihren in Prag lebenden Familienmitgliedern schaden würde. Bereits unmittelbar nach der Samtenen Revolution im November 1989 hatte sie die Rückgabe der Staatsangehörigkeit beantragt und diese sofort wiedererhalten.

#### *1.3.4.: Abgeordneter des Europäischen Parlaments*

Im ersten Bericht der Akte über die Frau, der anhand der Aussagen der Quelle angefertigt wurde, wird der erste Ehemann Uli beschrieben. Über seine politischen Aktivitäten erfährt der Berichtersteller der Staatssicherheit Genosse Kurdnáč erst aus den Materialien in den Akten des Vaters: „...der Abgeordnete des Bundestages für die FDP ist. Der Genannte soll am Wahlprogramm, hier vor allem am Punkt betreffend der Verständigung mit dem Osten‘ arbeiten. Er war früher Vorsitzender der demokratischen Jugend in Westdeutschland und am 3. Januar 1969 hat er angeblich der Tschechoslowakischen Nationalversammlung ein Memorandum bezüglich der Verurteilung des Münchner Abkommens überreicht.“<sup>23</sup> Obwohl Uli zu diesem Zeitpunkt nicht Bundestagsabgeordneter, sondern des Europäischen Parlament war, was die Mitarbeiter der Staatssicherheit ohne Weiteres hätten feststellen können, wird diese Fehlinformation erst im Bericht vom 3. Mai 1982 korrigiert.

#### *1.3.5.: Kontaktmann im Bayerischen Kultusministerium*

Es handelte sich um den zweiten Ehemann der zu Gewinnenden: „Stammt aus einer alten Adelsfamilie [...] studierte Jura und hatte Interesse an einer diplomatischen Laufbahn. Im letzten Auswahlverfahren hatte er keinen Erfolg, angeblich konnte man dies auch nicht durch gute Beziehungen beeinflussen. Wahrscheinlich wurde die Situation durch die Bekanntschaft und Heirat mit Pipka bedingt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt arbeitet er im Denkmalamt, wo er die Restaurierung von historischen Denkmalen sichert.“<sup>24</sup>

#### *1.3.6.: Personenkreis der Hauptakteure*

Es wurden auch alle Personen überprüft, die die Quelle bereits bei seiner ersten Begegnung am 18. Dezember 1980 als die Personen nannte, mit denen einer der Hauptakteure der Aktion Nikola im Kontakt stand. Es wurden aber nicht nur diese Personen überprüft, sondern auch die Ehepartner und die – soweit vorhanden – Kinder des Genannten. Des Weiteren wurden auch die Familienmitglieder mütterlicherseits der zu Gewinnenden und wohl alle Menschen in der Tschechoslowakei, mit denen sie Kontakt hatte, überprüft, so zum Beispiel ihr Onkel aus Saaz und ein flüchtig bekannter Arzt aus Pressburg (Bratislava)

In der Überprüfung vom 15. Mai 1981 heißt es über den Onkel: „Es geht um eine Person, die kein gutes Verhältnis zu unserem sozialistischen System hat. Er ist nicht und war niemals Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. In der Krisenperiode in den Jahren 1968–69 war er ziemlich progressiv, er passt in die Kategorie der Angeber, rechnete damit, dass seine Zeit gekommen war. Wir haben es mit einem typischen Spießbürger zu tun.“<sup>25</sup>

Der Pressburger Arzt Namens Valzer wurde überprüft, weil sich die Frau mit ihm ein einziges Mal im August 1981 getroffen hatte. Der Mitarbeiter des Referates 37 der Staatssicherheit in Pressburg berichtet hierzu nach Prag: „Am 7. Oktober habe ich auf

23 ABS.f. Svazky kontrarozvědného rozpracování-Cetrála (MV-KR)a. č. 67 446 – MV.

24 Archiv bezpečnostních složek; Hlavní zpráva rozvědky, reg. č. 10 876/443.

25 KS SNB-Špráva StB, skupina Louny z dne 15. 05. 1981; ABS.f. I.S-SNB, reg. č. 10 876/443. (Kreisverwaltung der Staatssicherheit, Abteilung Louny vom 15.05.1981, Archiv der Sicherheitsorgane Reg. Nr. 10876/443.)

der Grundlage meiner persönlichen Entscheidung einen Kontakt mit Dr. Ivan V. aufgenommen.“ Und schließt mit der Feststellung: „Ausgehend von den hier gemachten Ausführungen und Valzers Bereitschaft zeigt er sich als geeignet für eine mögliche operative Nutzung. Die von ihm gewonnen Erkenntnisse beruhen auf der Wahrheit.“<sup>26</sup> Außer konkreten Namen teilte die Quelle dem Genossen Kurdnáč mit, dass die Frau in Prag Kontakte zu einem Dozenten hat, dessen Namen die Quelle herausfinden wollte.

Die Bezirksabteilung der Staatssicherheit entwickelte Eigeninitiative und wandte sich „auf der Grundlage eines Telefongesprächs mit dem Genossen Šanta vom 12. Januar 1981 und seiner vorläufigen Zustimmung“<sup>27</sup> an die Verwaltung der Staatssicherheit der Landeshauptstadt Prag und der Bezirkes Mittelböhmen mit der Bitte um Identifizierung, „es handelt sich um eine Person mit dem akademischen Titel Dozent, er soll an der Landwirtschaftlichen Hochschule tätig sein.“<sup>28</sup>

Bereits am 4. Februar erhielt sie einen Bericht, in dem drei Männer genannt wurden, die als Dozenten an den genannten Institutionen tätig und in Prag 6 wohnhaft waren.<sup>29</sup> Über mögliche weitere Schritte zur Überprüfung dieser Dozenten geht aus der Akte nichts hervor. Vielleicht deswegen, weil es der Quelle gelungen war, den richtigen Namen des Dozenten zu ermitteln. In den Akten ist ein Bericht vom 29. Mai 1981 über die Überprüfung eines Mannes namens Vaněk. Dieser endet wie folgt: „Kontakte ins Ausland unterhält er nur zu einem ehemaligen Mitschüler.“<sup>30</sup>

Anhand der Akte kann nicht belegt werden, dass sich die Staatssicherheit bemüht hatte eine weitere Person zu finden. Schwierigkeiten hatte die Staatssicherheit weil sie ihre Suche ausschließlich auf Männer mit einem Dozententitel beschränkt hatte, Vaněk, mit dem die Frau Kontakte pflegte, wurde zwar von ihrem Vater als Dozent titulierte offiziell führte er diesen Titel aber nicht. Auf diese Idee kam die Staatssicherheit aber nicht.

### *Operatives Vorgehen*

#### *2.1.: Die Information der Quelle über die Frau in der Bundesrepublik Deutschland*

Am 28. Mai 1982 legte die Bezirkssektion – Staatssicherheit, Prag einen Vorschlag zum kurzzeitigen Auslandsaufenthalt des Agenten in der Bundesrepublik Deutschland vor. Bei einem privaten Besuch sollte herausgefunden werden, in welcher Umgebung die Frau lebte, wie ihre finanzielle Situation aussah, ob sie studierte und was es mit der Frage der Staatsangehörigkeit auf sich hatte. Für diese Auslandsreise sollte die Quelle Mittel in Höhe von 450 DM erhalten. Mit diesem durch den Genossen Kundnáč unterbreiteten Vorschlag erklärte sich der der Leiter der 37. Sektion I. Dr. Kandel nicht einverstanden. Er unterschieb diesen nicht. Am 12. Juni legte er seine Bedenken gegen die Reise des Agenten dar. Er erklärte, dass er die Reise für nicht effektiv hielt, weiter führte er aus: „die Ausforschung von Uli durch Pipka halte ich für wenig realistisch. Aus diesem Grunde betrachte ich die Entsendung des Agenten Pardubicky in die Bundesrepublik im Verhältnis zu den Ausgaben als zu aufwendig.“<sup>31</sup> Aus Sicht der weiteren Entwicklung der Aktion Nikola hat Dr. Kandel die Situation richtig beurteilt. Die Bezirkssektion der Staatssicherheit reagierte auf seine Einwände durch Kürzung der Devisenmittel für die Quelle auf 350 DM.

---

26Archiv der Sicherheitsorgane Reg. Nr. 10876/443, Absender unlesbar, Referat 37 vom 13.10.1981.

27 ebendort, Antrag trägt dasselbe Datum.

28 ebendort.

29 Ebendort.

30 Ebendort.

31 Ebendort.



Zwei Tage vor der Ausreise, also am 16. Juni 1981, hat Genosse Kudrnáč für die Quelle einen Plan der Instruktionen ausgearbeitet. Vom selben Tag stammt der durch das Föderale Innenministerium ausgearbeitete Aufgabenplan, den die Quelle abarbeiten sollte sowie die Grundsätze für seinen Aufenthalt: „Während des Aufenthaltes in Freising oder München werden Sie keine weiteren Gespräche mit Personen, die tschechisch oder slowakisch sprechen, beginnen, auch wenn die Initiative des Gespräches von deren Seite kommt. Sie beschränken sich auf allgemeine höfliche Phrasen. Kontakte mit anderen als mit den benannten Personen knüpfen sie nicht [...] Im Falle, dass Sie mit den Sicherheitsorganen der BRD in den Kontakt treten, lehnen Sie grundsätzlich jegliche Angebote zur Zusammenarbeit oder Hilfe ab. Genauso stellen Sie sich zum Angebot der Emigration und der Sicherung einer besseren Zukunft. [...] Es ist notwendig, sich bewusst zu machen, dass die Sicherheitsorgane der BRD mit moderner Technik arbeiten, einschließlich Abhöreinrichtungen. Dieser Tatsache muss das Verhalten angepasst werden/Gespräche mit der Ehefrau/ in der Wohnung und in der Öffentlichkeit. Fragen, die die zu besuchende Person oder andere Verwandte und Bekannte betreffen, werden Sie mit der Ehefrau ausschließlich außerhalb der Wohnung führen, das heißt bei der Stadtbesichtigung usw.“<sup>32</sup>

Beide Dokumente hat die Quelle unterschrieben und auf dem Dokument über die Grundsätze des Aufenthaltes hat er die Annahme von 350 DM bestätigt. Wie von der Staatssicherheit geplant, reiste der Agent am 18. Juni 1982 zu einem vierzehntägigen Besuch in die Bundesrepublik ein. Auch wenn er am Zielort Freising niemals ankam, schrieb er über die Erfüllung der ihm aufgelegten Aufgaben einen mehrseitigen Bericht, den er vier Wochen nach seiner Rückkehr dem Genossen Kudrnáč am 28. Juli vorgelegte. Der Genosse Kudrnáč seinerseits fertigte am 8. August über das Treffen mit der Quelle einen Bericht. In diesem wird die Theorie von dem Interesse an Antiquitäten, die in der Stellungnahme des Föderalen Innenministeriums vom 9. Juli 1982 erhalten ist, bestätigt und ausgebaut: „Eine Menge der Finanzmittel wird über die Antiquitäten erzielt, die Pipka und ihre Mutter, ohne sie zu verzollen, aus der ČSSR in die BRD ausführen. Sie wollen weiter kleine Gegenstände (Kelche, Schüsseln, Silberbesteck, Original-Gemälde) ausführen, wie Pipka der Quelle erklärt hatte. Die Ausfuhr von größeren Gegenständen (vor allem Gemälde) wird organisiert über die Zollbehörde, wo der Vater von Pipka angeblich einflussreiche Kontakte hat, so dass nur geringe Zollgebühren anfallen.“<sup>33</sup>

## 2.2.: *Der Plan und die Anwerbung der „Unterführung“*

Bereits am 8. August 1982 schlägt die Bezirkssektion der X. Verwaltung der 37. Abteilung vor, die Frau zu kontaktieren. Doch erst ein Jahr später am 30. September 1983, also fast drei Jahre nach den ersten Vermerken über die Aktion Nikola, wird ein Vorschlag der Kontaktaufnahme mit der tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die dauernd im Ausland lebt, ausgearbeitet. In der Zwischenzeit wurden die Decknamen von Padrubicky und „Kudrnáč“ auf die Namen Till und Grulich geändert<sup>34</sup>. Ob diese mehr als eine einjährige Pause mit der damaligen politischen Situation zu tun hatte, kann hier nicht beantwortet werden. Es gab aber Ereignisse, die Einfluss auf eine weitere Ausführung der Aktion Nikola hätten haben können: Am 11. November 1982 war überraschend Breschnew gestorben. Sein Nachfolger als Generalsekretär der KP der UdSSR wurde Andropov, der im Juni 1983 zum Staatschef gewählt wurde und damit wie sein Vorgänger Breschnew diese Doppelfunktion ausübte.

---

32 Ebendort.

33 Ebendort.

34 Ebendort. 27.12.1982.

Am 6. März 1983 fanden in der Bundesrepublik Bundestagswahlen, aus denen erneut die schwarz-gelbe Koalition unter Kanzler Helmut Kohl als Sieger hervorging. Genau einen Monat später, am 6. April 1983, wurden in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik durch einen Erlass die künftigen Aufgaben der militärischen Gegenspionage neu festgelegt und ihre Mitarbeiter als ein Bestandteil der Staatssicherheit definiert, die durch das Föderale Innenministerium geleitet wurde<sup>35</sup>. Nach diesem Erlass bearbeitete die militärische Kontraspionage auch Dateien von Personen, die für sie von Interesse sein könnten, darunter auch Emigranten.

Am 20. Juni 1983 wurde der seit 1973 amtierende Innenminister Jaromir Obzina durch Vratislav Vajnar abgelöst. Der sechsseitige Vorschlag zur Kontaktaufnahme mit der Frau setzt sich aus grundsätzlichen Angaben über die Frau zusammen (hier fallen Fehler auf: so wird angeführt, dass die Frau in München wohnt, obwohl sie seit mehr als drei Jahren in Freising lebte, was der Staatssicherheit bekannt war, wie aus früheren Berichten hervorgeht), die Begründung des Zieles der Anwerbung, der Art der Durchführung, möglichen gefährlichen Gegebenheiten sowie vorausgesetzten Ausgaben für die Kontaktaufnahme.

Im Vermerk vom 30. September 1983 heißt es: „Das Ziel dieses Kontaktes ist, unter dem Vorwand der Frage nach Nikolas Staatsangehörigkeit, die persönliche Bekanntmachung mit der Genannten zu machen, ihre erste Typisierung vom Standpunkt der Spionagemöglichkeiten, persönliche Voraussetzungen und ihre Bereitschaft zur weiteren Kontakten festzustellen[...]“<sup>36</sup> Dann folgt eine genaue Auflistung der vorgeschlagenen Vorgehensweise, wobei es am Schluss heißt: „Im Fall, dass Nikola nicht bereit sein sollte, das Gespräch zu führen, wird der Inhalt des Gespräches auf diejenigen Bereiche gelenkt, die der hier genannten Legende nicht widersprechen.“<sup>37</sup>

Die Kontaktaufnahme fand wie vorgesehen am 3. Oktober 1983 in den Räumen der Passbehörde statt, wo sich tschechoslowakische Staatsbürger, die im Ausland lebten, innerhalb der ersten 24 Stunden ihres Aufenthaltes auf dem Gebiet der Tschechoslowakei melden mussten. Am 22. Oktober, also fast drei Wochen später, arbeitete Grulich über die Kontaktaufnahme zwei Berichte aus. Beide umfassen dreißig Punkte.

Beide Berichte vermitteln den Eindruck des Interesses der Angesprochenen an einer Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit: „Um Nikola zu prüfen, wurde sie gebeten, Das Buch ‚Krieg und Frieden‘ aus der Bundesrepublik mitzubringen, worauf sie positiv reagiert hatte.“<sup>38</sup> Das Interesse wird mit dem Interesse für die Sowjetunion begründet: „Persönlich würde sie gerne die Sowjetunion besuchen, die Geschichte des Landes kennenlernen, sich dort eine Menge Bücher kaufen (Russisch spricht sie angeblich gut), die Städte und die Denkmale kennen lernen. Bis jetzt hatte sie leider keine Zeit.“<sup>39</sup>

Im zweiten Bericht, der das Ergebnis eines nie statt gefundenen Treffens in der Weinstube Hodonin vom 4. Oktober zusammenfasst, heißt es unter Punkt 17: „Das Treffen hat das erwünschte Ziel erreicht. Eine weitere Abschöpfung der politischen Tätigkeit von NIKOLA wurde erzielt, sowie die beabsichtigte Vertiefung der gegenseitigen Beziehung zu der Kontaktperson. Zum Ende des Treffens übergab Nikola die Telefonnummer in die Wohnung ihres Vaters mit dem, wenn sie am 28.10. erscheint, wir weitere Treffen telefonisch besprechen können.“<sup>40</sup>

35 Statut III správy SNB č. 009/ 1983, [www.vzcr.cz](http://www.vzcr.cz). (Statuten der III. Verwaltung des Staatssicherheit Nr.009/1983.

36 Archiv der Sicherheitsorgane Reg. Nr. 10876/443.

37 ebendort.

38 ebendort.

39 ebendort.

40 Ebendort.

Drei Jahre später, am 18. Februar 1986, beschloss die 80. Abteilung I. der Verwaltung der Staatssicherheit die Akte mit der Nummer: A-00 329/80-83 mit folgender Begründung zu archivieren: „wurden Erkenntnisse gewonnen, dass die ‚Unterführung‘ über die Aktion Nikola und die Kontakte zur tschechoslowakischen Staatssicherheit mit ihrem Vater sprach und damit die Aktion dekonspirierte ... sie reise seitdem in die ČSSR nicht mehr ein. Durch weitere Befassung mit dem Zielobjekt wurde festgestellt, dass das Zielobjekt die Arbeit gewechselt hat und dadurch die konspirativen Möglichkeiten verloren, für welche er ausgearbeitet wurde.“<sup>41</sup>

Dies kann als ein Alibi der Staatssicherheit betrachtet werden, die nur ungern zugab, dass sie sich geirrt hatte. Das sogenannte „Zielobjekt“ war zwar nicht mehr Abgeordneter des Europäischen Parlaments, dafür aber des Bundestages, wo er außerpolitischer Sprecher der FDP war. Wegen der Beendigung der Aktion Nikola wurde am 11. September des gleichen Jahres auch die Zusammenarbeit mit dem Agenten für beendet erklärt.<sup>42</sup>

Am 27. September 1986 hatte die Staatssicherheit der DDR über diese Frau eine Akte angelegt. Leider sind nur die Kopien der entsprechenden Karteikarten und nicht die Akte selbst erhalten geblieben. Aus dieser wäre unter Umständen ersichtlich gewesen, ob die tschechoslowakische Staatssicherheit die Informationen über diese Frau an ihre „Kolleger“ in der DDR weitergeleitet hatte.

### *3.: Auswertung der Aktion Nikola*

Beim Studium der Materialien gewinnt der Leser den Eindruck, dass die Akten unprofessionell geführt wurden. So führt Genosse Kurdnáč alias „Grulich“, der fast alle Berichte der Akte Nr. 10 876/443 unterschrieben hatte, in seinem Bericht vom 18. Dezember 1980 an, dass die Frau im Jahr 1967 nach Deutschland kam. Im Bericht vom 3. März 1982 nennt er das Jahr 1966. Nicht nur, dass nicht gewissenhaft gearbeitet wurde, Genosse Kurdnáč dachte sich auch Sachen aus und zwar so, dass seine Berichte dem entsprachen, was wohl von höherer Stelle erwartet wurde. Sich Sachen auszudenken, gehörte zur Arbeit der Staatssicherheit. Genosse Kurdnáč dachte sich nicht nur Inhalte seiner Berichte aus, sondern auch ein Treffen mit der Frau, das nie stattgefunden hat und schrieb darüber einen Bericht. Seine Unverfrorenheit ging sogar so weit, dass jemand wie Pardubický sich von der Staatssicherheit eine Reise nach Bayern finanzieren ließ, wobei er nie an dem angegebenen Ziel ankam, darüber aber einen Bericht anfertigte. Dies zeigt die wahre Einstellung dieser Personen zum Sozialismus. Nach drei Jahren Vorbereitung und Arbeit von mindestens sechs Mitarbeitern verschiedener Verwaltungen musste die Staatssicherheit die Aktion abschließen und archivieren – noch bevor sie im Grunde begonnen hatte.

Selbstverständlich rückte sich die Staatssicherheit selbst in das beste Licht. Das Objekt ihres Interesses wechselte den Beruf und die Ausgaben betrugen in den ganzen drei Jahren 58 Kronen. Das Geld, welches die Quelle erhielt, wird im Vorschlag zur Beendigung der Aktion der Staatssicherheit nicht erwähnt. Für sie war es eine von zahllosen Aktionen. Für die Frau, die ausspioniert wurde und damit für ihre Kinder bedeutete dies den Verlust der Heimat und die Einsicht, dass die Emigration unausweichlich war.

Aus dem letzten Satz des Vorschlages zur Beendigung der Aktion kann geschlossen werden, dass die Staatssicherheit noch im Jahr 1986 in dem Glauben lebte, das Regime, in dessen Dienste sie spionierte, werde ewig bestehen. Doch zehn Jahre später – im

---

41 Ebendort.

42 ABS.f. I.S-SNB, reg. č 47551/011.

Jahr 1996 – gab es weder den tschechoslowakischen Staat noch die tschechoslowakische Staatssicherheit. Die Bürger, über die die Staatssicherheit Akten geführt hatte, haben nach dem Gesetz<sup>43</sup> die Möglichkeit, ihre eigenen Akten einsehen zu können. Diese Möglichkeit haben seit 2004 auch die Emigranten.<sup>44</sup> Hätte die Staatssicherheit anders gehandelt, wenn sie dies alles geahnt hätte? Hätte sie andere Methoden angewendet? Dies sind völlig hypothetische Fragen, auf die hier keine Antwort gesucht werden soll.

Der hier exemplarisch beschriebene Fall vermittelt den Eindruck, dass die Staatssicherheit vom Sieg des Sozialismus selbst nicht überzeugt war und vor allem die menschlichen Schwächen der Bürger ausnützte. Für ganze 11 000 Tuzexkronen, wie in diesem Fall, hatte sich bereits im Jahr 1974 ein Mann an die Staatssicherheit „verkauft“ und war fortan bereit, über seine Vorgesetzten und Kollegen zu berichten. Er nützte die Zuneigung eines alten Mannes aus, den er während seiner gesamten Agententätigkeit „betreut“ hatte. Er versorgte ihn mit Beruhigungs- und Schmerzmitteln. Die Person, die die Staatssicherheit zur Zusammenarbeit gewinnen wollte („Unterführung“) wurde kriminalisiert, indem er sie in seinen Berichten des Schmuggels von Büchern und Antiquitäten beschuldigte.

---

43 Zákon č. 107/2002 Sb, kterým se mění zákon 140/1996 Sb, o zpřístupnění svazků vzniklých činností bývalé Státní bezpečnosti, a některé další zákony. (Das Gesetz Nr. 107/2002 Sammlung mit dem das Gesetz 140/1996 Sammlung über den Zugang zu den Akten neu geregelt wird, die durch die Tätigkeit der ehemaligen Staatssicherheit entstanden sind sowie einige weitere Gesetze)

44 Zákon č. 499/2004 Sb. o archivnictví a spisové službě a o změně některých zákonů. (Gesetz Nr. 499/2004 Sammlung über den Archivdienst und das Schriftgut und über die Änderung einiger Gesetze)